

VW verschärft Sparkurs



Die Arbeitsplatzvernichtung in der Automobilindustrie erzeugt Widerstand – hier beim Zulieferer ZF (Foto: Thomas Range)

Trotz eines neuen Verkaufsrekordes von 10,8 Millionen KFZ und einem Gewinn nach Steuern von 12,2 Milliarden Euro will allein die Kernmarke VW PKW in den nächsten 5 Jahren 7000 Stellen zusätzlich streichen, vor allem in der Verwaltung. Mit dem im Zukunftspakt von 2016 vorgesehenen 14.000 Arbeitsplätzen, ergibt das eine Vernichtung von 21.000 Arbeitsplätzen.

Das Ganze nennt sich „Ergebnisverbesserungsprogramm“ und soll ab 2023 jährlich 5,9 Milliarden Euro einbringen. Die Umsatzrendite soll von 3,8 Prozent auf 6 Prozent gepusht werden. Bis 2025 sollen Produktivität und Effizienz insgesamt um 30 Prozent steigen.

Immer das gleiche Lied

Rauf mit Produktivität, Absatz und Rendite, runter mit den Arbeitsplätzen, es ist immer das gleiche Lied - bei VW, BMW, Daimler, Opel, Ford, Galeria-Kaufhof usw. Das entspricht kapitalistischer Logik. Bei VW ist es aufgrund einer hoch organisierten Belegschaft, eines starken IG Metall-Betriebsrates, des Landesanteils an VW und des VW-Gesetzes möglich, Lösungen ohne betriebsbedingte Kündigungen zu finden. Das Profitstreben des Porsche-Piëch-Clans und der Kataris

kann ab und zu etwas gebremst werden. Der Betriebsrat kann selbstbewusst auftreten und Bedingungen stellen.

Innerbetriebliche Lösungen

Die Arbeit wird innerhalb des Konzerns so verteilt, dass Standortschließungen verhindert werden. Eine Kampfaufgabe wird es, im Aufsichtsrat eine Mehrheit gegen eine zusätzliche Fabrik in Osteuropa zu erreichen. Rechnerisch möglich ist es. Das sind innerbetriebliche Lösungen, die soziale Härten für die Belegschaft verhindern können. Das ist schon mal besser als bei Opel oder Ford - dort gibt es keinen Landesanteil und kein VW-Gesetz.

Die Jobs sind weg!

Aber: Die Jobs sind weg. Die Folgen der Umstellung auf E-Mobilität für die Zulieferer und die Werkstätten noch nicht eingerechnet. Die Stadtkämmerer der betroffenen Städte werden jetzt schon mal die entfallenden Steuereinnahmen kalkulieren.

Die Piëchs, Porsches, Diess und Co. entscheiden sich im Zweifel immer für den Profit. Arbeitsplätze sind für die Kapitalisten nur Kostenfaktoren, die zu reduzieren sind. Der Gegensatz zwi-

schen Kapital und Arbeit ist auch bei VW nicht aufgehoben.

Es reicht auch nicht aus, auf „unfähige“ Manager zu schimpfen und deren überhöhte Bezüge anzuprangern. Denn mal angenommen, alle Manager aller Autofirmen machten keine Fehler und könnten am möglichen Limit produzieren lassen: Die Probleme der bestehenden Überkapazitäten würden sich verstärken.

Arbeitszeit kürzen

Ohne eine radikale Arbeitszeitverkürzung, zumindest in der hochproduktiven Automobilindustrie, die in Europa von weniger als einer Handvoll Konzerne beherrscht wird, ist das Problem nicht zu lösen. Ganz zu schweigen davon, dass jede Erhöhung der Produktion den ökologischen Kollaps befördert. „System Change not Climate Change“ ist eine der Hauptlösungen der Klimabewegung und der aktuellen SchülerInnenproteste.

Auch Automobilbeschäftigte und ihre Gewerkschaften müssen endlich wieder über Alternativen zum Kapitalismus nachdenken. Dass der unsere Probleme nicht löst, haben mittlerweile viele durchaus erkannt.

Unternehmerrisiko?

"Der Unternehmer trägt ja auch das Risiko!" Das ist eine der wichtigsten Behauptungen, wenn es um die Rechtfertigung der horrenden Profite geht, die niemals hoch genug sein können.

Da reichen 3,8 Prozent Umsatzrendite wie zuletzt bei VW Pkw natürlich nicht aus, die muss mindestens auf 6 Prozent gepuscht werden. Das nächste Zwischenziel ist dann Toyota, da sollen es mehr als 10 Prozent sein.

„Wir sind nicht das Paradies, sondern ein Unternehmen. Alle Investitionen müssen sich rechnen“, ließ sich der Multi-Milliardär Wolfgang Porsche vom Genfer Autosalon im März vernehmen. Und weiter: „Als Anteilseigner kann ich nur mit Nachdruck darauf verweisen, dass wir flexibler und effizienter werden müssen. Wir geben eine Arbeitsplatzgarantie bis 2025 oder sogar bis 2028 und wissen nicht, was in zwei Jahren aus China kommt. Das ist für mich problematisch“. Schließlich trage man ja das Risiko.

Doch genau das lässt sich immer schneller auf die Beschäftigten abwälzen. Eindeutige Managementfehler wie die extrem komplexe und teure Variantenvielfalt oder fehlendes Personal auf den Prüfständen für die WLTP-Tests, oder nun Versorgungspässe wegen der gestiegenen Nachfrage nach Autos mit Benzinmotoren führen zu Schichtabsagen, auch mal eine ganze Woche.



Tritt nun das Unternehmerrisiko in Kraft? Weit gefehlt, dafür sind die Milliarden des Porsche/Piëch-Clans und der Scheichs von Katar nicht gedacht. Da kann man doch leicht auf die Freizeitguthaben und Urlaubsansprüche der Beschäftigten zurückgreifen. Sollen die

doch das Risiko übernehmen.

Höchste Zeit, dass die Mehrheit von Land, Betriebsrat und Gewerkschaft im Aufsichtsrat diesen profitgierigen Großaktionären mal politische Leitplanken verpasst.

Der Reichtum ist fest in den Händen der Oligarchen Plus 2,5 Milliarden – Pro Tag!

Das Vermögen der Superreichen wächst und wächst. Im vergangenen Jahr ist es um 12 Prozent gestiegen. Das sind plus 2,5 Milliarden – pro Tag!

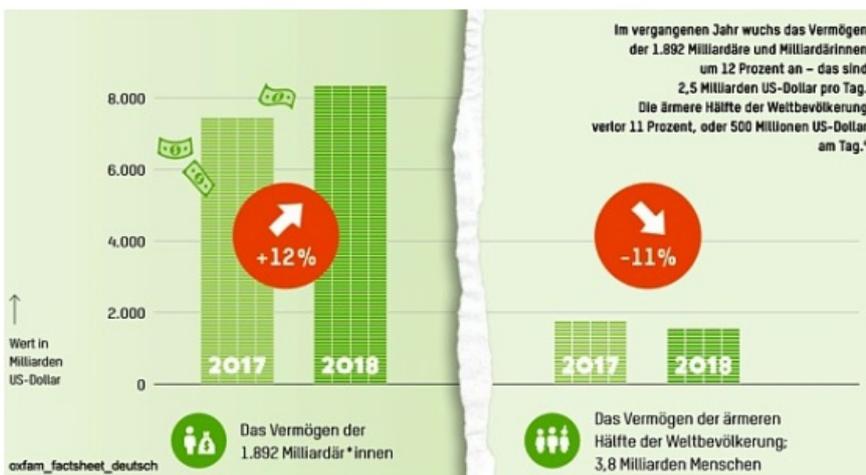
Im selben Zeitraum ist das Vermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung

um 11 Prozent gesunken. Im vergangenen Jahr verfügten 26 Personen über ebenso viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung – das sind 3,8 Milliarden Menschen.

Alles weit weg von uns? Von wegen –

auch in der BRD hat sich die Zahl der Milliardäre auf über 200 verdoppelt. Die deutschen Milliardäre konnten ihr Vermögen im vergangenen Jahr um 20 Prozent steigern. Das reichste Prozent der Deutschen verfügt über ebenso viel Vermögen wie die 87 Prozent der ärmeren deutschen Bevölkerung.

Der Porsche-Clan z.B. hat sein Vermögen 2018 von 8,5 Milliarden Euro auf jetzt 12 Milliarden vermehrt, das sind fast 10 Millionen pro Tag.



5. Januar: Happy Fat Cat Day

Schon am 5. Januar war Happy Fat Cat Day! An diesem Tag hat ein DAX-Vorstand in Deutschland durchschnittlich bereits so viel verdient wie ein normaler Beschäftigter der Firma im gesamten Jahr 2019. Bei VW ist dieser Tag schon am 4. Januar erreicht. **Echt fette Katzen!!**

Arbeitsplätze sichern - Arbeitszeit verkürzen

Die „metallzeitung“ beschäftigt sich seit mehreren Monaten mit „Transformation“ als zentralem Thema des Gewerkschaftstages 2019. Zwei der angesprochenen Themen betreffen ganz besonders die Beschäftigten der Autoindustrie und ihre Arbeitsplätze.

„Auto, Jobs und Umwelt“ – unter diesem Motto behandelt die letzte Ausgabe den Umbruch in der Automobilindustrie (April 2019, S. 12 - 15). „Sozial und ökologisch darf kein Gegensatz sein“, so IG Metall-Vorsitzender Jörg Hofmann. Doch der Umstieg auf Elektroautos bedroht Tausende Autojobs. Die „metallzeitung“ zitierte bereits Oktober/November 2018 eine Studie, wonach „um 2030 rund 76.000 Arbeitsplätze in der Antriebstechnik überflüssig werden“ könnten. Sie forderte, „den Umbruch, vor dem die Autobranche steht, so zu gestalten, dass die Beschäftigten nicht unter die Räder kommen“ („In Zeiten des Wandels“, S. 12 – 15).

Dazu kommen die Digitalisierung und „Industrie 4.0“. Die „digitale Vernetzung von Maschinen über den gesamten Produktions- und Wertschöpfungsprozess hinweg“ wird nicht nur „Tätigkeitsprofile und Qualifikationsanforderungen... gravierend ändern“ (ebenda), sondern voraussichtlich auch das zur Fertigung

einer gegebenen Stückzahl von Autos erforderliche Volumen menschlicher Arbeit drastisch reduzieren. Schon heute produzieren etwa gleich viele Autobauer wie vor fünfzig Jahren etwa doppelt so viele Autos – eine Folge der vergangenen Rationalisierungswellen mit Industrierobotern oder CNC-Maschinen.

In den siebziger und achtziger Jahren beantwortete die IG Metall die „dritte industrielle Revolution“ (Roboter, CNC-Maschinen) mit der Forderung nach der 35-Stundenwoche. Diese wurde auf dem Gewerkschaftstag 1977 beschlossen, nach kontroversen Diskussionen und gegen den Willen des damaligen Vorstandes. In einer langen, harten Tarifauseinandersetzung konnte die IG Metall 1984 den Einstieg durchsetzen - nicht ohne schmerzhaftes Zugeständnisse an die Forderung des Kapitals nach „Flexibilisierung“, z. B. durch „Arbeitszeitkonten“.

In der Volkswagen AG hatte die IG Metall im November 1993 mit dem Tarifvertrag über die Vier-Tage- / 28,8-Stunden-Woche „Arbeitszeit erkauf“ und für 30.000 bedrohte Autobauer „Beschäftigung gesichert“, so der damalige Bezirksleiter Jürgen Peters („Modellwechsel“, Göttingen 1994). Dies bezahlten allerdings die Beschäftigten

selbst durch entsprechende Lohnsenkung. Doch in den meisten anderen Branchen ist der Zug zur 35-Stundenwoche nicht zum Ziel gekommen, sondern auf halbem Wege stecken geblieben. Seit Mitte der neunziger Jahre konnte die Kapitalseite in manchen Fällen sogar wieder längere Arbeitszeiten durchsetzen. Darum war diese „Insellösung“ bei Volkswagen auf Dauer nicht zu halten.

In der Tarifrunde 2018 konnte die IG Metall mit dem erstmaligen Einsatz von „24-Stunden-Warnstreiks“ ein individuelles Recht auf (selbst bezahlte) „kurze Vollzeit“ und eine „Wahloption“ auf freie Tage statt einer zusätzlichen Jahressonderzahlung durchsetzen. Damit wurde zum ersten Mal seit vielen Jahren das Thema „Arbeitszeit“ wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

Im Nachklang dieser Tarifbewegung hat in Ostdeutschland, besonders in den Automobilbetrieben, auch der Zug zur 35-Stundenwoche wieder Fahrt aufgenommen. Es liegt im Interesse aller Beschäftigten, auch in Westdeutschland, diesen kräftig anzuhetzen und so die Bahn zu weiterer kollektiver Arbeitszeitverkürzung zu öffnen mit dem Ziel:

Kurze Vollzeit für ALLE – 30 Stunden sind genug!

Niedersachsen: Jeder 5. Rentner von Altersarmut bedroht

Bis zur Jahrtausendwende hat die gesetzliche Rente den Lebensstandard nach dem Berufsleben gesichert. Dann hat die Schröder/Fischer-Regierung beschlossen: Niedrige Beiträge sind wichtiger als eine verlässliche Altersversorgung. Also wurden die Abgaben gesenkt, bis die Rentenkasse leer war. Das Rentenniveau trat den Sinkflug an. Als Ausgleich sollten die Beschäftigten privat vorsorgen, Arbeitgeber wurden entlastet. Parallel breitete sich der Niedriglohnsektor samt prekären Jobs aus.

Fatale Folge: Viele sind nicht in der Lage, mit privaten Zusatzversicherungen für das Alter vorzusorgen. In Niedersachsen ist inzwischen jeder fünfte Rentner/Rentnerin von Altersarmut bedroht. In den letzten zehn Jahren hat sich ihre Zahl auf 20,8% fast verdoppelt.

Danke an CDU/SPD/Grüne, die die ganzen Jahre einzeln oder gemeinsam an der Regierung waren.

Superreichensteuer könnte 18 Milliarden Euro einbringen

Stefan Bach, Steuerexperte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hat errechnet, dass eine Vermögenssteuer von 2 Prozent auf ein Vermögen von einer Milliarde Euro (die Reichen würden es kaum merken) 17,7 Milliarden Euro pro Jahr in die deutsche Staatskasse spülen würde. Da kann man nur sagen: Finanzminister Scholz, SPD, übernehmen Sie!

Wo sie recht hat ...

Aus der Rede der 15-jährigen Klimaaktivistin Greta Thunberg auf der UN-Klimakonferenz in Polen im Dezember 2018: „Unsere Zivilisation wird dafür geopfert, dass eine sehr kleine Anzahl von Menschen weiterhin enorme Mengen von Geld machen kann. (...) Ihr stiehlt unsere Zukunft“. Und sie schließt mit dem Satz: „Der Wandel kommt, ob Ihr wollt oder nicht.“



Jetzt UZ kennenlernen:

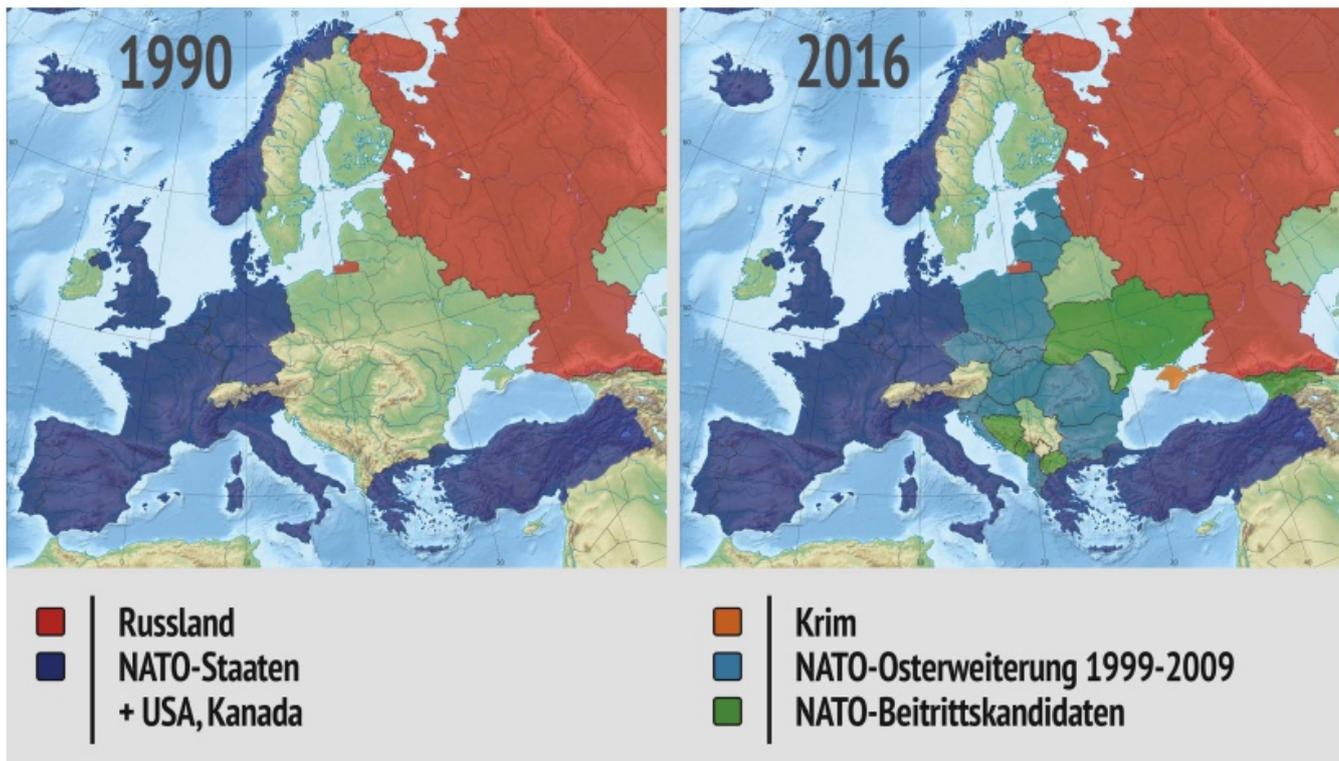
6 Wochen Probeabo:
Zeitung und Online-Ausgabe = gratis

3-Monats-Abo:
Zeitung und Online-Ausgabe = 10 EUR

Abonnieren unter:
shop.unsere-zeit.de

NATO-Osterweiterung:

Wer bedroht wen?



70 Jahre NATO sind genug!

Die NATO feiert ihr 70-jähriges Bestehen. In den Medien wird sogar von einem angeblichen Friedensbündnis gesprochen.

Wir stellen klar:

Die NATO ist ein Kriegsbündnis!

Spätestens seit dem Zerfall des Warschauer Paktes hat die NATO ihr Berechtigung verloren. Statt sich

aufzulösen, rückte sie, gegen alle Absprachen, immer näher an Russland und erweiterte sich auf 29 Staaten. Die NATO bzw. NATO-Staaten sind verantwortlich für mindestens drei völkerrechtswidrige Kriege: Kosovo, Afghanistan und Lybien.

Deshalb fordern wir:

**NATO raus aus Deutschland!
Deutschland raus aus der NATO!**

TERMINE IN OS

26. April:

19 Uhr: Arbeiterlieder-Abend mit Achim Bigus, Balou, Seminarstr. 32, Osnabrück

1. Mai:

10 Uhr: Kundgebung am Kollegienwall

10.30 Uhr: Demonstration (über den Neumarkt zum Gewerkschaftshaus)

11.30 Uhr: Maifest am Osnabrücker Gewerkschaftshaus

EU = KRIEG

**Am 26. Mai 2019
DKP WÄHLEN!**

**WÄHLT KOMMUNISTEN!
news.dkp.de**

DKP
Deutsche Kommunistische Partei

**Abrüsten statt Aufrüsten
Frieden mit Russland**

Impressum / Kontakt:

DKP Osnabrück
ViSdP: Lars Mörking
Website: dkpos.blogspot.de

...wir treffen uns jeden ersten und dritten Mittwoch in der Lagerhalle Osnabrück

Hinweise, Kritik, Lob an die Redaktion?

Wir freuen uns über Zuschriften an: osnabrueck@dkp-niedersachsen.de oder auf Facebook